



Flüchtlingsaktivisten demonstrieren immer wieder gegen Abschiebungen – so wie im Vorjahr gegen jene von Lamin Jaiteh. Foto: Zoom-Tirol

Flüchtlinge: Aktivist muss vor den Kadi

Innsbruck – Ein gerichtliches Nachspiel hat jetzt der Weltflüchtlingstag am 24. Juni 2012 für einen Aktivist der Initiative Bleiberecht. Nach einer Anzeige der Sicherheits- und kriminalpolizeilichen Abteilung der Bundespolizeidirektion Innsbruck hat die Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage wegen des Vergehens der Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze erhoben. Dem Aktivist wird vorgeworfen, zum allgemeinen Ungehorsam gegen Abschiebungen aufgerufen zu haben. Am 15. November muss er sich vor dem Bezirksgericht Innsbruck verantworten.

„Solange Menschen abgeschoben werden, wird es Kritik daran geben“, sagt der Aktivist gegenüber der *TT*. Er stehe vollinhaltlich zu seiner Kritik an Abschiebungen, doch die ihm vorgeworfenen Aussagen habe er in seiner Rede nicht so getätigt.

Rund 150 bis 250 Besucher nahmen damals am friedlichen Demonstrationszug zum Rapoldpark teil, vor dem Landesmuseum gab es eine Kundgebung. Der jetzt angeklagte Aktivist verwies in seiner Ansprache auf die im Vorjahr erfolgte Abschiebung von Lamin Jaiteh und die Blockade der Polizeiinspektion Hall. In seinen Worten will der dort anwesende hochrangige Polizeijurist den besagten Gesetzesbruch erkannt haben. Zwei Wochen später wur-

de der Aktivist zur Einvernahme gebeten. Wie die Initiative gestern erklärte, habe ihr Mitglied vor allem an die Zivilcourage einer solidarischen Gesellschaft appelliert.

Die Initiative Bleiberecht kritisierte gestern die Vorgehensweise der Polizei als nicht nachvollziehbar. „Für alle, die sich für ein solidarisches Miteinander engagieren, ist dieser Paragraph – so wie das gesamte Fremdenrecht – absurd und gegen Menschenrechte gerichtet.“ Der dem Aktivist vorgeworfene Tatbestand betrafte also neben Pfarrer Friedl auch die Flüchtlingshelferin Ute Bock sowie unzählige weitere Menschen.

Für Polizei und Staatsanwaltschaft hat der Aktivist hingegen durch seine Wahl vor einer breiten Öffentlichkeit zum Verhindern von Abschiebungen aufgerufen. Ihm drohen jetzt eine Geldstrafe von bis zu 5000 Euro und eine Haftstrafe von bis zu einem Jahr. Der Tiroler geht jedoch von einem glatten Freispruch aus. „Alles andere als ein klarer Freispruch wäre ein Schlag ins Gesicht für die vielen Menschen, die sich täglich für die Menschenrechte einsetzen.“

Die Bleiberechtsinitiative ist empört. „Viele sehen darin den Versuch, die Aktivitäten der immer größer werdenden Tiroler Bleiberechtsbewegung einzudämmen und zu kriminalisieren.“ (pn)

Dinkhausers Parteigründung könnte Justizkrimi werden

Rund um die Gründung des Bürgerforums gibt es Widersprüche. Nach einer Gurgiser-Anzeige prüft die Justiz. Gurgiser selbst wird wieder antreten.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Vor viereinhalb Jahren saßen sie noch gemeinsam in einem Boot: Fritz Dinkhauser, Fritz Gurgiser und Thomas Schnitzer. Gestern gaben Letztere ihre Kandidatur für die Landtagswahl 2013 unter dem Namen „Gurgiser & Team“ bekannt. Seit November 2009 bilden Schnitzer und Gurgiser bereits einen Landtagsklub.

Nach der Scheidung folgte der Rosenkrieg um den Namen Bürgerforum, jetzt ist dieser sogar gerichtsanhängig. „Mir geht es um die Klärung einer Rechtsfrage im öffentlichen Interesse“, richtet Gurgiser seinem ehemaligen Parteifreund Fritz Dinkhauser aus. Deshalb hat er Ende Februar 2012 wegen des Verdachts der Urkundenfälschung und des Erschleichens von Parteiförderung in Millionenhöhe eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingebracht. Nächste Woche wird der Immunitätsausschuss des Landtags die Immunität der verbliebenen fünf Bürgerforum-Abgeordneten aufheben, damit die Staatsanwaltschaft ihre Befragungen durchführen kann.

Für Bürgerforum-Klubchef Bernhard Ernst wurde hingegen schon alles geklärt. „Gurgisers Unterlagen wurden vom Gericht nicht gewürdigt, außerdem hat das Land unse-



Fritz Gurgiser und Thomas Schnitzer präsentierten am Freitag ihre Landtagswahlkandidatur unter dem Namen „Gurgiser & Team“. Foto: Paniger

ren Rechtsanspruch auf Parteienförderung bereits zweimal geprüft.“ Trotzdem: Die Gründung des Bürgerforums könnte zum Justizkrimi werden, weil es viele offene Fra-

gen und Widersprüche gibt.

Im Kern geht es darum, ob die Partei „Fritz Dinkhauser – Bürgerforum Tirol“ ordnungsgemäß gegründet, ein Gründungsarteitag abgehalten und überhaupt ein Vorstand gewählt wurde. An einem Protokoll über die Wahl eines Parteivorstands vom 30. April 2008 scheiden sich die Geister. Gurgiser hegt den Verdacht, dass es gar keine Wahl gegeben hat und besagte Vorstandswahl im Büro von Anwalt und Bürgerforum-Mandatar Andreas Brugger im Dezember 2008 einfach auf April rückdatiert und mit den notwendigen Unterschriften versehen worden ist, ohne dass sie jemals stattgefunden hat. Deshalb steht der Vorwurf der Urkundenfälschung im Raum.

Gesplante Bürgerpolitik

Dinkhauser & Gurgiser: Bei der Landtagswahl 2008 erreichte das Bürgerforum mit Fritz Dinkhauser und Fritz Gurgiser gemeinsam 18,4 Prozent. Mit sieben Mandaten wurde das Bürgerforum auf Anhieb stärkste Oppositionspartei.

Bruch: Nach internen Querelen kam es 2009 zum Bruch, auch Thomas Schnitzer verabschiedete sich von Dinkhauser. Der Streit um den Namen Bürgerforum begann und beschäftigte alsbald die Gerichte. Gurgiser und Schnitzer



Mit der Einigkeit zwischen Gurgiser und Dinkhauser ist es vorbei. Bild: Böhmer

firmieren seither als Bürgerklub Tirol. Im Jänner zog Dinkhauser eine gegen Gurgiser eingereichte Klage wegen Urheberrechtsverletzung einen Tag vor der zweiten Verhandlungsrunde zurück.

Gschwentner jetzt fix in der Neuen Heimat

Innsbruck – Das Tauziehen um den künftigen Dienstvertrag von Ex-SPÖ-Chef Hannes Gschwentner in der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft Neue Heimat ist vor-

bei. Zuletzt gab es Differenzen über die Höhe seines Gehalts. Die Gesellschafter Land Tirol und Stadt Innsbruck einigten sich mit Gschwentner, er wird weniger als 10.000 Euro brut-

to im Monat erhalten. Darin ist auch die Tätigkeit für die Stadtbau inkludiert, die die beiden Altvorstände derzeit noch extra abgolgten bekommen. Aufgrund alter Verträge

verdienen sie deutlich mehr und erhalten zudem noch eine üppige Pensionsregelung nach dem Beamtenstatus. Diese bekommt Gschwentner ebenfalls nicht. (pn)

Kurzmeldungen

Südtirol-Schutzmacht bestätigt

Innsbruck – Nach der Klarstellung des Außenministeriums zur Schutzfunktion Österreichs für Südtirol gegenüber dem italienischen Botschafter Eugenio d'Auria hat sich Südtirols LH Luis Durnwalder am Freitag zufrieden gezeigt. „Österreich hat bestätigt, dass es weiterhin seine international verankerte Schutzfunktion gewissenhaft ausüben werde.“ (TT)



Durnwalder ist nach Klarstellung Österreichs zufrieden. Foto: Muzauer

Gatt lehnte neue Parteiförderung ab

Innsbruck – LA Walter Gatt (Freie Tiroler) lehnte im Landtag das Parteienfinanzierungsgesetz ab. „Die Steuerzahler haben ein Recht darauf, zu erfahren, wofür Parteien und Klubs ihre Gelder verwenden“, vermisst er im Gesetz Informationsbestimmungen über die Verwendung der Parteiförderung. (TT)

Alpenkonvention: Mair rügt Regierung

Innsbruck – Der grüne Landtagsabgeordnete Gebi Mair rügte am Freitag die Untätigkeit der Tiroler Landesregierung bei der Alpenkonvention. „Ich habe beantragt, endlich zum Durchführungsprotokoll ‚nachhaltige Entwicklung‘ aktiv zu werden, doch ÖVP und SPÖ lehnen das Konzept dazu ab.“ (TT)

Arbeiter bohrte sich in die Hand

Mittewald – Bei Arbeiten mit einer Magnetbohrmaschine verletzte sich am Freitag ein 58-jähriger Mann im Osttiroler Mittewald. Er geriet aus noch ungeklärter Ursache mit der linken Hand in die laufende Maschine. Ein vorbeikommender Passant leistete Erste Hilfe und rief die Einsatzkräfte. (TT)

Erde zitterte im Raum Fulpmes

Fulpmes – Ein leichtes Erdbeben mit der Stärke von 2,7 nach Richter rüttelte am Freitagabend gegen 17.30 Uhr die Menschen im Raum Fulpmes auf. Die Erschütterungen waren auch in Innsbruck spürbar. Schäden waren durch das leichte Beben, wie sie immer wieder vorkommen, nicht zu verzeichnen. (TT)